

mit Beamten, die zur Zusammenarbeit entweder bereit sind, weil sie ähnliche politische Ansichten vertreten, oder wegen der Verlockung, die eine finanzielle Belohnung für sie darstellt. Zu den anderen Methoden gehört der klare Gebrauch von Zwang und Gewalt.

Die Vorbereitungen dazu, die Armen ihres Stimmrechts zu berauben, beginnen schon vor dem Wahltag. Beamte, die an der Vorbereitung der Wählerverzeichnisse beteiligt sind, werden beeinflusst, die Namen entsprechender Wähler und Wählerinnen erst garnicht in das Wählerverzeichnis aufzunehmen. Wollen solche Personen für den Kandidaten ihrer Wahl stimmen, werden sie wieder heimgeschickt, weil ihre Namen nicht im Wählerverzeichnis aufgeführt sind. Bei den letzten Parlamentswahlen machte z.B. eine große Zahl von Slumbewohnern Delhis diese traurige Erfahrung.

Eine andere Variante besteht darin, Stimmzettel im Namen anderer Wähler und Wählerinnen abzugeben. Wenn der echte Wahlberechtigte zum Wahllokal kommt, erfährt er zu seiner großen Überraschung, daß seine Stimme bereits abgegeben wurde. Auch Mehrfachwahl einer Person in verschiedenen Wahlkreisen ist an der Tagesordnung, nachdem das angeblich nicht entfernbare Tintenzeichen, das als Zeichen der erfolgten Stimmabgabe von einem Wahlbeamten auf einen Finger aufgetragen wird,

mit Substanzen gewaschen wurde, die man aus Pflanzen gewinnt, die in der Gegend wachsen.

Dann gibt es noch andere Methoden, mit denen auch der letzte Anschein eines geregelten Wahlverfahrens aufgegeben wird. Vor dem Wahltag besuchen die beherrschenden Persönlichkeiten die Siedlungen der unteren sozialen Schichten. Sie werden bedroht und aufgefordert, sich nicht an der Wahl zu beteiligen. Am Wahltag wird die Wahlurne dann massenweise mit Stimmzetteln für den Kandidaten gefüllt, der von der beherrschenden Schicht unterstützt wird. Die Wahlbeamten bleiben stumme Beobachter, entweder weil sie bestochen wurden, oder weil sie um ihre Sicherheit besorgt sind. Manchmal nehmen die sozial schwächeren Schichten den Angriff auf ihr Stimmrecht stillschweigend hin. Dann gibt es keinen Widerstand und somit keinen Grund für Gewalt. Die Wahl ist dann zwar 'friedlich', aber keineswegs 'fair'. Manchmal protestieren die Menschen auch gegen das Unrecht. Dann schlagen die einflußreichen Leute und ihre Schlägertrupps zurück. Die Wahl ist dann nicht 'friedlich', aber wenigstens wird ein Versuch unternommen, sie 'fair' zu machen.

Bharat Dogra

(Übersetzung: Franz-J. Conraths)

## Wahlen im Punjab wie geplant

Chandra Shekhars Entschluß, die Wahlen zur Lok Sabha und State Assembly für den seit Mai 1987 von Delhi aus regierten Bundesstaat Punjab auf den 22. Juni 1991 festzulegen, wurde vom ermordeten Führer der Congress (I) Party, Rajiv Gandhi, heftig angegriffen. Anfang Mai befürwortete Premierminister Shekhar eine baldige Wahl im Punjab und entsprach damit seiner eingeleiteten Politik der Annäherung an politische Kräfte der Sikhs Anfang des Jahres 1991. Shekhar hatte Simranjit Singh Mann von der inzwischen mehrmals gespaltenen 'Akali Dal'-Partei getroffen und mit ihm unter anderem die Freilassung von 1.500 Sikh-Aktivisten vereinbart. Die Punjab-Wahl sollte jedoch in einem zeitlichen Abstand von etwa einem Monat zur Indien-Wahl (ursprünglich auf den 20., 23. und 26. Mai festgelegt und auf den 12. und 15. Juni verschoben) stattfinden, da das überall präsente Militär später im Punjab eingesetzt werden sollte. Trotz der durch den Tod Gandhis notwendigen Verschiebung der Wahl in zahlreichen Bundesstaaten hielt man aber am Punjab-Termin fest.

Mehrere militante Sikh-Gruppen haben sich dafür eine politische Form gegeben und treten nun erstmals zu Wahlen an. Unterschiede zwischen den Flügeln der

'Akali Dal' bzw. den anderen Parteien lassen sich vor allem anhand ihrer jeweiligen Haltung zur Wahl, zur Zentralmacht in New Delhi bzw. zur Forderung eines selbständigen Sikh-Staates (Kalistan) aufzeigen. Simranjit Singh Mann, in seinen innerparteilichen Einigungsbestrebungen gescheiterter Vorsitzender der 'Shiromani Akali Dal', tritt zur Wahl an und fordert ebenso wie die 'Badal-Group' und die 'Longoval Group' einen souveränen Sikh-Staat. Die 'Manjit Group' (Bhai Manjit Singh) der militanten 'All-India Sikh Students Federation' wird bei ihrer Teilnahme an der Wahl von dem nicht teilnehmenden 'Panthic Committee' unterstützt. Sogar die 'Khalistan Commando Force' tritt zur Wahl an.

Das 'Panthic Committee' des Dr. Sohan Singh hatte am 22. November letzten Jahres einen an die Medien gerichteten 'Code of Conduct' veröffentlicht, dessen Hauptforderungen, wie z.B. die Ersetzung des Begriffes 'Terrorist' durch 'Freiheitskämpfer' u.ä. auch mit Gewalt durchgesetzt worden waren. Diese, wie auch andere militante Gruppen nehmen an der Wahl im Punjab nicht teil, da sie der Indischen Verfassung nicht trauen: "Wir wollen nicht Macht, sondern Khalistan".

Brigitte Schulze